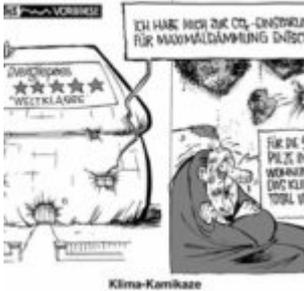


Die Verstaatlichung der Energiewirtschaft



Beängstigend waren von Anbeginn die vorhersehbaren, zerstörerischen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die privaten Verbraucher., denn die Ruinierung der Energieversorgung eines Industrielandes bedeutet die Vertreibung derjenigen Unternehmen, die dem Bankrott durch Flucht ins Ausland entkommen können, während die übrigen schlicht untergehen. Die privaten Verbraucher werden zuerst durch immer höher steigende Energiepreise ausgeplündert, bevor sie auch noch ihre Arbeitsplätze verlieren.

Nun muss man sich fragen, ob das so gewollt war. Hat die Regierung im Auftrag einer finsternen Macht beschlossen, ihr Land in den Staatsbankrott zu treiben? Zu den Zeiten des Kalten Krieges hätte man sicherlich diese Möglichkeit erwogen, denn der Untergang des Kapitalismus und seiner westlichen Vertreter war schließlich tatsächlich das Ziel des uns nicht wohl gesonnenen Warschauer Paktes.

Heutzutage ist ein solcher Verdacht natürlich absurd. Wenn es aber nicht die Absicht der Regierung war, das Land über die Zerstörung seiner Energieversorgung kaputt zu machen – was war dann der Grund für ihre Handlungsweise?

Die beiden einzig plausiblen Antworten auf diese Frage sind unendlich peinlich.

Die Regierung:

Der Anlass für diesen krassen Kurswechsel, der zu Recht als „Wende“ bezeichnet wurde, war eine politische strategische Überlegung: Der Opposition, speziell den Grünen, sollten alle Argumente abgenommen werden – indem die Regierung plötzlich selbst deren Linie vertrat.

Sie hat ungeprüft ideologische Konzepte der Grünen übernommen. Sie hat auf die Zuziehung von externem fachlichem Sachverstand verzichtet; andernfalls wäre das Ausmaß des Unsinn nicht so extrem geworden. Und in ihren Ministerien fehlte es allem Anschein nach an dem nötigen Sachverstand; insbesondere im Umweltministerium, in dem es direkt nach der Amtsübernahme durch Trittin einen Exodus von Fachleuten und eine Einstellungswelle von grün-ideologisch geprägten Mitarbeitern gab, die bis heute – zwei Regierungen später – immer noch die Arbeit des Hauses bestimmen.

Die Folgen dieser Wende interessierten die Kanzlerin ganz offensichtlich überhaupt nicht. Es ging nur um den Machterhalt.

Das Parlament:

Man hätte daraufhin erwarten können, dass die Abgeordneten, unter denen sich schließlich eine nicht geringe Anzahl von Fachleuten und Managern befindet, die Regierungspläne zu Konfetti zerreißen würden. Aber es lief völlig anders ab.

Unsere Parlamentarier haben sich – mit wenigen ehrenwerten Ausnahmen – wie die sprichwörtlichen Lemminge verhalten, als sie sowohl über die Energiewende-Pläne als auch über das Kernkraft-Moratorium und den Kernkraft-Ausstieg abstimmten. Es war offenbar eine Mischung aus verschiedenen Faktoren, die sie dazu veranlaßten: Die Opposition aus SPD, Grünen und Linken sah erstaunt, wie ihre eigenen Forderungen von der Regierung erfüllt wurden. Die Regierungsfractionen standen unter dem Druck ihrer Fraktionsführungen. Zudem fehlte der Mehrheit die fachliche Kompetenz zur Beurteilung der Konsequenzen. Durch Zeitdruck wurde die Zuziehung externen Sachverständs verhindert. Und schließlich herrschte eine große Angst vor den Medien, deren überwiegend grün-rot orientierte Redakteure ihrerseits einen Druck ausübten, den alle Politiker fürchten.

Und so beschloß der gesamte Bundestag fast einstimmig den Einstieg in das „erneuerbare Zeitalter“ (Zitat aus dem Energiekonzept) – und de facto den Untergang ihrer Nation.

Dieser Vorgang dürfte den Historikern noch viel Stoff für Analysen bieten.

Es ist diese praktisch einstimmige Zustimmung des gesamten Parlaments zur Energiewende und zum „Atomausstieg“, die wie eine schwere Hypothek auf den Altparteien und ihren Abgeordneten liegt. Diese Hypothek liegt auch auf dem nun neu gewählten Bundestag, denn die maßgeblichen Parteien sind immer noch dieselben – mit Ausnahme der FDP – und auch die meisten der neuen Abgeordneten sind die alten, die der energiepolitischen Blamage ihre Zustimmung gegeben hatten.

Jede nur denkbare Regierungskoalition wird aus Parteien bestehen, die alle dafür waren. Und sie müßten nun im Grunde fast alles, was sie vor nicht langer Zeit mitbeschlossen haben, wieder zerschlagen.

Dieses Dilemma in Verbindung mit den unausweichlichen, sehr bald fälligen drastischen energiepolitischen Maßnahmen eröffnet nun leider ziemlich erschreckende Aussichten. Denn es besteht die Möglichkeit, dass an Stelle einer Rücknahme der falschen Entscheidungen – insbesondere das EEG betreffend – die letzten Hemmungen fallen und der bereits eingeleitete Prozeß der Planwirtschaft direkt in eine Verstaatlichung des Energiesektors führt.

Schließlich bietet ein weitgehend verstaatlichter Energiesektor für eine Regierung, die eine mit Gesichtsverlust verbundene Revision des Zerstörungsprogramms fürchtet, eine Reihe von vorübergehenden Vorteilen:

• Es geschieht schließlich etwas; man zeigt Handlungsfähigkeit.

- Immer neue, verschlimmbessernde Reparaturmaßnahmen , die durch die gegenüber wirtschaftlichen Fehlern gnadenlose Marktwirtschaft erzwungen werden, sind nun nicht mehr nötig. Denn die Marktwirtschaft wird ja in diesem Sektor abgeschafft.
- Man kann nun mit vielen Milliarden Euro die selbst verschuldeten und immer neuen Probleme vorübergehend „heilen“.
- Es gibt neue Behörden und viele schöne Pöstchen für verdiente Parteisolddaten.
- Und man gewinnt Zeit. Nicht sehr viel, denn nach maximal zwei Jahren dürften alle Verstaatlichungskosten, Firmenaufkäufe – (bevorzugt: notleidende Stadtwerke) -, Subventionen, Investitionszuschüsse, Kapazitätsvorhaltungs-Prämien für stillstehende Kraftwerke und soziale Hilfsprogramme für Energiekosten-geschädigte Bürger die Finanzkraft des Bundes übersteigen. Dann steckt der Karren zwar noch viel tiefer im Dreck, aber der Zeitgewinn wäre es der Politik vermutlich wert.

Pläne, Visionen und Gesetze

Wer einen Blick in die Zukunft wagen möchte, tut gut daran, die bisherige Entwicklung genau in Augenschein zu nehmen. Wir kennen die Programme, die unsere Regierung seit 2009 auf dem Feld der Energiepolitik beschlossen hat und wir kennen die bisherigen Ergebnisse, heute, gerade einmal 4 Jahre später.

Sie sind überaus aufschlußreich und erlauben eine Beurteilung der Qualität der Regierungsarbeit – und daher

gestatten sie auch eine Prognose über die künftigen Schritte der Regierung in diesem volkswirtschaftlich extrem wichtigen Sektor. Um eine Bewertung der deutschen Energiepolitik zu erhalten, genügt der Blick auf die Aktionen der Bundesregierung seit dem Sommer des Jahres 2009.

Im August des Jahres 2009 wurde das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen im 380 kV-Höchstspannungs-Übertragungsnetz (EnLAG) verabschiedet.

- ♦ In der gegenüber 2009 leicht modifizierten Fassung gilt heute eine Planung von 1.855 km. Zweck dieses enormen Netzausbaus, der bisher nur das Höchstspannungs-Übertragungsnetz betrifft, ist vor allem der Transport des in Norddeutschland fern von den Verbrauchszentren erzeugten Windstroms nach West- und Süddeutschland. Von dem noch viel**

gewaltigeren Ausbau der Mittel- und Niederspannungsnetze, der durch die flächendeckend vorhandenen Solarstrom- und Windkraftanlagen mit ihrem gesetzlich garantierten Einspeisevorrang verursacht wird, ist dabei noch gar nicht die Rede.

Am 28. September 2010 beschloss die Regierung dann das „Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“, das nach der wahrlich großwahnsinnigen Feststellung des Bundesumweltministeriums „die energiepolitische Ausrichtung Deutschlands bis 2050 beschreibt“.

Wesentliche Ziele darin waren:

- .Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990.**
- .Erreichen eines Anteils der „erneuerbaren“ Energien an der Stromerzeugung von 50 % bis 2030;**

von 65 % bis 2040 und von 80 % bis 2050.

- Bei diesen Zielen handle es sich um „ehrgeizige Klimaschutzziele“.
- Zur Kernenergie liest man im Energiekonzept: *„Der notwendige Umbau der Stromversorgung hin zum (wörtlich) erneuerbaren Zeitalter mit der Perspektive 2050 wird den traditionellen Energiemix (gemeint sind Kohle und Kernkraft) deutlich verändern. Ein solcher Prozeß benötigt nicht nur Zeit, sondern muss auch wirtschaftlich vernünftig ausgestaltet werden.“* Dann kommt der entscheidende Satz:

- „Um diesen Übergang zu gestalten, brauchen wir noch zeitlich befristet die Kernenergie und werden deshalb die Laufzeiten (der 17 KKW) um

durchschnittlich 12 Jahre verlängern“. *Und noch besser: „Darüber hinaus werden die Regelungen über Sicherheitsanforderungen an die deutschen Kernkraftwerke im Rahmen einer 12. Atomgesetz-Novelle erweitert und auf technisch höchstem Niveau fortgeschrieben.“*

- *.Zum Endlager für Kernkraft-Abfälle: „Dies (Anm.: das Endlager Konrad) wird möglichst zügig errichtet und in Betrieb genommen. Für 90 % der anfallenden radioaktiven Abfälle ist dann ein sicheres Endlager vorhanden.“ Zum Thema hochradioaktive Abfälle steht dort: Die Erkundung (Anm.: des Salzstocks Gorleben) wird ab Oktober 2010 ergebnisoffen wieder aufgenommen. In einer vorläufigen Sicherheitsanalyse werden bis Ende 2012 alle bisherigen Ergebnisse über den Salzstock*

zusammengetragen und einer internationalen Expertenprüfung unterzogen. Darauf aufbauend können wir die Erkundung zielgerichtet abschließen.“

- ***.Zur Abtrennung und Speicherung von CO₂ (CCS): „Bis 2020 sollen zwei der 12 EU-weit förderfähigen CCS-Demonstrationsvorhaben gebaut werden.***
- ***„Wir wollen mittelfristig die verfügbaren deutschen Potenziale für Pumpspeicherwerke im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten erschließen.“***
- ***„Bis 2020 sollen 1 Million Elektrofahrzeuge in Deutschland fahren; bis 2030 sollen es 6 Millionen sein.“***
- ***.Am Schluß wird ausführlich „die Einbettung (dieser Pläne und Bemühungen) in die europäische Energiepolitik“ versprochen.***

Nur 8 Monate später: Ein Grundpfeiler der Stromversorgung wird zerstört

Kurz nach dem durch ein schweres Erdbeben mit nachfolgendem katastrophalem Tsunami verursachten Reaktorunfall in Fukushima verkündete am 14. März 2011 die Bundeskanzlerin eine auf 3 Monate befristete Aussetzung der gerade beschlossenen Laufzeitverlängerung – das sog. Moratorium. Am darauf folgenden Tag teilte sie mit, dass die 7 ältesten deutschen Kernkraftwerke während des Moratoriums abgeschaltet werden sollten. Auch das seit 2009 abgeschaltete KKW Krümmel sollte in dieser Zeit außer Betrieb bleiben.

Weil die fachlich zuständige Reaktorsicherheits-Kommission allen Reaktoren eine sehr hohe Sicherheit

bescheinigte, berief die Regierung eine sogenannte Ethik-Kommission, die dann unbelastet durch Fachkenntnisse und wunschgemäß den Kernkraftausstieg befürwortete.

Am 6. 6. 2011 beschloss die Regierung ein Energiepaket mit dem Titel „Der Weg zur Energie der Zukunft – sicher, bezahlbar und umweltfreundlich“.

Es war streckenweise eine Neuauflage des Papiers vom September 2010. Aber durch das begleitende 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes wurde die Laufzeitverlängerung vom Oktober 2010 am 6.8.2011 zurückgenommen.

Diese sachlich völlig unbegründete und

rein politisch-taktische Kehrtwendung bezüglich der Rolle der Kernenergie zerstörte einen Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grundlast-Stromerzeugung wurde plötzlich allein den Kohlekraftwerken auferlegt. Das war nicht nur ein schwerer Schlag gegen die Versorgungssicherheit der Wirtschaft und der Verbraucher, sondern zugleich auch ein Schlag gegen die hochfliegenden Pläne mit der stufenweisen und weitgehenden Übernahme der Stromversorgung durch die „Erneuerbaren“, die nun auch alle Kernkraftwerke ersetzen sollten. Diese Vision wurde nun vollkommen illusorisch, weil die wegfallende große Grundlast-Kapazität überhaupt nicht durch „Erneuerbare“ ersetzt werden kann und höchstens ein kleiner Teil der entstehenden Lücke durch neue Braunkohlekraftwerke ausgefüllt werden

könnte – falls sich überhaupt noch ein Investor dafür findet (s.u.).

Weiterhin zerstörte dieser Beschluss die Hauptbegründung der Energiewende, die Treibhausgase drastisch zu Gunsten eines angeblichen „ehrgeizigen Klimaschutzes“ zu reduzieren. Wer mit mehr Kohlekraftwerken die CO₂-freien Kernkraftwerke ersetzen muß, bekommt unweigerlich mehr CO₂-Emissionen – das wusste selbst diese Regierung.

Damit war nach nur 8 Monaten nach seiner Verkündung dem Energiekonzept der Regierung das Hauptziel abhanden gekommen und alle anderen, die Stromversorgung betreffenden Ziele waren endgültig illusorisch geworden.

Damit endete dann auch schon die angeblich 40 Jahre in die Zukunft reichende Energieplanung.

Der Blick auf eine Trümmerlandschaft

Zwei Jahre darauf gleichen das Energiekonzept von 2010 und das „Energiepaket“ von 2011 einer Trümmerlandschaft.:

- Die Emissionen des angeblichen Treibhausgases CO₂ steigen seit der Abschaltung der 8 Kernkraftwerke unaufhaltsam. Das macht im Grunde nichts, denn die Hypothese vom CO₂-angetriebenen Klimawandel zerfällt gerade, weil die reale Temperaturentwicklung im Begriff ist, selbst den Streubereich der IPCC-Horrorprognosen in Richtung Abkühlung zu verlassen. Das politische Hauptziel „Klimaschutz“ der gesamten Energiepolitik ist damit aufgegeben worden. Darüber spricht man nicht mehr, da zu peinlich.**

- ♦ Der Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien ist dank großzügigster Subventionierung stärker als geplant erfolgt, allerdings mit unerwünschten Folgen: Ein starker Anstieg des Strompreises; die ruinierte Wirtschaftlichkeit von Gas-, Steinkohle- und Pumpspeicherkraftwerken mit der Folge ihrer drohenden Stilllegung; die Gefährdung der Netzstabilität durch witterungsbedingte Schwankungen von Wind- und Solarstrom; Landschaftsverhandlung, Naturzerstörung und Lärmbelastung durch Windkraftanlagen; riesige Monokulturen durch Mais- und Rapsanbau für Biogasanlagen werden zur Konkurrenz für landwirtschaftlich genutzte Flächen; Anstieg der Pachtkosten für Agrarflächen; Anstieg der Holzpreise; Feinstaubbelastung durch Holzpellet-Heizungen; Belastungen der Stromnetze unserer Nachbarländer durch Überschuß-Strom von Windkraftanlagen; Zuzahlungen für Nachbarländer, damit sie die unerwünschten Leistungsspitzen annehmen. Und dennoch kein Ersatz der konventionellen Stromerzeugung durch Erneuerbare, weil diese auch bei größtem Ausbau niemals eine sichere Versorgung garantieren können. Damit wird die gesamte Stromerzeugung doppelt aufgebaut – die dadurch verursachten Kosten kann keine Wirtschaft verkraften: Die Abwanderung der Grundstoffindustrie ist die Konsequenz. Womit die Regierung ebenfalls nicht rechnete, war der große Widerstand der Bürger gegen Windkraftanlagen: Es gibt lt. SPIEGEL-Bericht über 700 Bürgerinitiativen gegen diese Technik. Hinzu kommen Bürgerinitiativen gegen den Bau von Hochspannungsleitungen und gegen den großflächigen Anbau von Energiepflanzen sowie gegen Biogasanlagen.
- **Der durch die Abschaltung der Kernkraftwerke verursachte Ausfall an Grundlaststrom wird nun teilweise durch Stromimporte ausgeglichen: Dieser Strom kommt aus französischen und tschechischen Kernkraftwerken.**
- **Alle entschlossen im Energiekonzept vom September 2010 verkündeten Pläne zur Endlagerung radioaktiver Abfälle wurden schon 2013 Makulatur. Am 23.7.2013 wurde das von allen Parteien im Bundestag verabschiedete „Standortauswahlgesetz“ veröffentlicht. Das neue zeitliche Ziel ist nicht mehr 2012, sondern 2031 – aber nicht etwa für die Eröffnung des Endlagers, sondern nur**

für die Entscheidung, wo es denn errichtet werden könnte. Wörtlich im Gesetz: „Das Standortauswahlverfahren soll (!) bis zum Jahr 2031 abgeschlossen sein.“ Woraufhin dann der „Gorleben-Effekt“, also massiver Bürgerwiderstand, an jedem neuen, in Aussicht genommenen Standort eintritt. Dieses Gesetz ist nichts anderes als eine Totalkapitulation vor einer unangenehmen Entscheidung: Es bedeutet, dass sämtliches hochradioaktive Material für einen unabsehbaren Zeitraum oberirdisch gelagert werden muss. Ob das die Endlager-Gegner wollten ?

- Die Pläne für Demonstrationsanlagen zur CO₂-Abtrennung und unterirdischen Speicherung wurden durch den Ausstieg von Vattenfall sowie die massiven Bürgerproteste in Norddeutschland ebenfalls Makulatur.
- Von den wenigen, energiewirtschaftlich

bedeutungslosen Projekten zum Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke scheiterte das große Projekt am Rursee; Trianel warf das Handtuch nach sehr großem Widerstand aus der Bevölkerung.

- Auch beim Thema Elektrofahrzeuge droht eine Blamage. Im ersten Halbjahr des Jahres 2013 gab es nicht einmal 2.500 Neuzulassungen.
- Der Ausbau des Höchstspannungsnetzes kommt nicht voran: Von den aktuell geplanten 1.855 km sind bislang 268 km und damit knapp 15 % realisiert. Weitere Fertigstellungen erwarten die Netzbetreiber erst wieder 2014. Inzwischen werden die genannten Zahlen als viel zu niedrig angezweifelt: Minister Rösler erklärte, dass nach dem Netzentwicklungsplan 2.900 km optimiert und weitere 2.800 km neu gebaut werden müßten.
- Und die von der Regierung zugesagte

„Einbettung in die europäische Energiepolitik“ fand nicht nur nicht statt, vielmehr vollzog sie ihren extremen Schritt mit der überstürzten Abschaltung von 8 Kernkraftwerken von immerhin 8422 Megawatt Leistung ohne jede Vorwarnung oder gar Konsultation mit den Nachbarländern, die mit ihren Stromnetzen mit Deutschland verbunden sind. Auch der extreme Ausbau der Windkraft und der Photovoltaik hat durch die dadurch verursachten starken Leistungsschwankungen erhebliche Auswirkungen auf benachbarte Länder. Die Regierung hat diese einseitige Politik niemals mit ihren in Bezug auf die Auswirkungen auf den Strompreis und die Netzstabilität direkt betroffenen Nachbarn abgestimmt. Jetzt planen Nachbarländer – insbesondere Polen – den Bau technischer Sperreinrichtungen gegen

**unerwünschte deutsche Stromexporte
in ihr Netz. Abwehr anstelle von
Integration ist nun die Richtung.**

Energie-Planwirtschaft als Folge von Hilflosigkeit

**In der Wirtschaftspresse ist bereits
harsche Kritik daran geübt worden,
dass im Energiesektor immer mehr
marktwirtschaftliche Grundprinzipien
von der Regierung missachtet und durch
politisch motivierte Verletzungen
dieser Prinzipien ersetzt werden.**

**Zahlreiche durch diese Politik
hervorgerufenen Probleme zwangen die
Regierung bereits zu
„Reparaturmaßnahmen“, die allerdings
niemals den Grundübeln zu Leibe
rückten, sondern im Gegenteil stets so
eingerichtet wurden, dass die
gefährlich gewordenen primären**

Schadwirkungen durch neue kostspielige Investitionen, Subventionen und Kostenüberwälzungen auf die Verbraucher zugekleistert wurden – womit sie selbst zu neuen Schädigungen von Bürgern und Wirtschaft führen.

Die Methode ist: Fehlentscheidungen nicht rückgängig machen, sondern neue Fehler einführen, um die dahinter stehende planwirtschaftliche Ideologie zu schützen.

Folgendes geschah bereits:

1. Das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), also die Zwangssubventionierung unwirtschaftlicher und auch technisch ungeeigneter Methoden der Stromerzeugung – verbunden mit dem Zwang, den so erzeugten Strom vorrangig ins Netz einzuspeisen und seinen Weiterverkauf notfalls noch zusätzlich zu bezahlen

2. Entschädigungs-Verpflichtung für die Nicht-Produktion eines Wirtschaftsgutes – s. §12 EEG.

3. Die mit Angstszenarien begründete Stilllegung einer großen Grundlast-Stromerzeugung (Kernkraft) mit der Folge von Preissteigerungen, Versorgungsengpässen und abnehmender Netzstabilität.

4. Gewaltiger Ausbau der Stromnetze, der ohne die Fehlentscheidung der erzwungenen Bevorzugung unrentabler Erzeugungstechniken – s. Punkt 1 – überhaupt nicht notwendig wäre.

5. Die Übernahme der Kosten, die den Windparkbetreibern durch einen verzögerten Anschluss der Offshore-Windparks an das Land-Stromnetz entstehen, durch die Stromverbraucher – eine staatswirtschaftliche Maßnahme, die das vormalig FDP-geführte Wirtschaftsministerium erfunden und

durchgesetzt hatte.

6. Die Entlastung von energieintensiven Produktionen von den durch das EEG verursachten Strompreiserhöhungen – und deren Überwälzung auf die übrigen Verbraucher. Hier besteht die Möglichkeit eines Eingriffs der EU wegen Wettbewerbsverletzung.

7. Neue Subventionen, um weitere Folgen der Fehlsteuerung durch das EEG und den Kernkraftausstieg zu bekämpfen: Die Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom drückt den Börsenpreis speziell in den Mittagsstunden und macht Kohle- und Gaskraftwerke und auch Pumpspeicherkraftwerke unrentabel: Die Betreiber planen Stilllegungen. Damit zerstört das EEG sogar die Rentabilität der einzigen Kraftwerke, die zu einer Stützung und Stabilisierung des vom stark schwankenden EEG-Strom gefährdeten

Stromnetzes imstande sind. Die verzweifelte Regierung hilft sich mit: Neuen Subventionen. Das Stichwort heißt „Kapazitätsmanagement“. Im Klartext: Zur Stilllegung vorgesehene Kraftwerke werden zur „Kaltreserve“ ernannt und deren Betreiber erhalten Geld, um die stillstehende Anlage bei Engpässen hochzufahren. Bereits erfolgt beim bayerischen modernen Gaskraftwerk Irsching, dessen Normalbetrieb durch das EEG ruiniert wurde. Der Staat hält sich also auf eigene Kosten eine Kaltreserve. Für die von niemand mehr geplanten Kraftwerksneubauten kommt Entsprechendes: Siehe unten.

8. Stromspeicher werden im Ausland gesucht – so die per Seekabel teuer anzuschließenden Pumpspeicherwerke Norwegens – weil nicht benötigter, überschüssiger Windstrom zwischengespeichert werden muss. Die Seekabelverbindung Nord.Link ist

geplant.

9. Durch die Energieeinsparverordnung werden Hausbesitzer zur energetischen Sanierung und Nachrüstung gezwungen. Auch wenn sie das nicht wünschen. Sie dürfen die Kosten auf die Mieter umlegen.

10. Für Neubauten ist bereits die Installierung der sog. intelligenten Stromzähler vorgeschrieben. Ein Zwang für alle Verbraucher, diese Geräte anzuschaffen, ist angesichts der die Bürger bevormundenden Energiepolitik zu erwarten.

11. In Baden-Württemberg wurden Hausbesitzer bereits gesetzlich verpflichtet, bei einer Modernisierung ihrer Heizungsanlage eine anteilige Versorgung durch „Erneuerbare Energie“ sicherzustellen.

12. Durch die wetterabhängige, bei

**Bewölkung rasch schwankende
Stromeinspeisung der
Photovoltaikanlagen geraten die
Verteilnetze in Stabilitätsprobleme.
Weil ein durch zu große Einspeisung
hervorgerufenes Überschreiten der
Netzfrequenz von 50,2 Hertz
vermieden werden muss, wurde den
Betreibern der Solarstromanlagen die
Anschaffung eines Regelgerätes
vorgeschrieben. Die Kosten dafür
wurden – unbemerkt – wieder den
Stromverbrauchern auferlegt, obwohl
sie für diese Störung des Netzes nicht
verantwortlich sind.**

Die Verstaatlichung des Energiesektors

in der Zukunft

Der bereits eingeschlagene Weg in die Verstaatlichung der Stromerzeugung und -verteilung führt folgerichtig zu folgenden Schritten – und bei einer großen Koalition erst recht:

1. Die von den EVU geplante

**Stilllegung von
konventionellen
Kraftwerken hat
nicht nur den
Einbruch des
Börsenpreises durch
hochsubventionierte
n und mit
gesetzlichem
Einspeise-Vorrang
versehene EEG-
Strom als Ursache:**

**Es geht ebenfalls
um alte, unmoderne
und mit schlechten
Wirkungsgraden
arbeitende
Anlagen, die
demnächst das Ende
ihrer Betriebsdauer
erreichen. Auch
das fürchtet die
Regierung, denn sie
braucht alle**

**existierenden
Kraftwerke, weil
keine neuen mehr
gebaut werden –
s.u.**

**Die
staatswirtschaftliche
und anti-
marktwirtschaftliche
Konsequenz:
Bezuschussung auch
dieser Altanlagen;**

**d.h. Finanzierung
umfassender
Modernisierungsmaßn
ahmen und
Subventionierung
des Betriebes.**

**2. Die Bevorzugung
von Wind- und
Solarstrom macht
nicht nur die
bestehenden
konventionellen**

**Kraftwerke
unrentabel.
Insbesondere
Kraftwerksneubauten
werden von der
Regierung dringend
gefordert, weil die
durch den
Kernkraftausstieg
entstandene Lücke
mit neuen
Kohlekraftwerken**

**ausgefüllt werden
muss. Von CO2-
Emissionen spricht
ohnehin niemand
mehr. Die
privaten
Investoren denken
jedoch angesichts
dieser
Energiepolitik
verständlicherweise
nicht mehr an**

**Neubaupläne. Das
bekannte
Heilmittel: Geld
vom Staat – hier
Investitionskosten-
zuschüsse. Das
diskutiert auch
schon der BDEW und
auch die
Bundesnetzagentur
empfiehlt, über
Subventionen für**

den

Kraftwerksneubau

„nachzudenken“

Deshalb hat bereits

die alte

Bundesregierung

derartige

Investitionskosten

zuschüsse für neue

fossile Kraftwerke

im Zeitraum

2013-2016 in

**Aussicht gestellt
und nahm hierzu
Verhandlungen mit
der EU auf. Dies
wird mit Sicherheit
kommen, weil auch
weiterhin
angesichts der
sprunghaften und
unberechenbaren
Energiepolitik
niemand derartige**

**Investitionen
tätigen wird, was
sich schon heute
abzeichnet. Sollte
das dann auch nicht
helfen, wird der
Staat selbst als
Kraftwerksbauer
auftreten müssen –
vielleicht auch
gerne wollen.**

3. Der staatliche

**Geldregen für
Energiewende-
Reparaturmaßnahmen
lockt nun auch
weitere
Interessenten
hervor: Auf der
Energiespeicher-
Konferenz IHRES in
Berlin wurde ein
Einspeisegesetz á
la EEG auch für**

**Energiespeicher,
die das Netz
stabilisieren
sollen, gefordert.
Auch
Investitionszuschüs
se seien geeignet.
Abermals heißt das
vom Staat – also
von den
Verbrauchern –
bezahlte**

„Kapazitätsbereitstellung“; hier eben für Speicher.

4. Die schon heute erheblichen Probleme, die viele Haushalte mit ihren Stromrechnungen haben – die Verbraucherschützer sprechen von 600.000 Haushalten,

**denen der Strom
abgestellt wurde –
könnten in der
Logik der
Staatswirtschaft
dazu führen, dass
es einen Eingriff
in die
Tarifgestaltung
der Netzbetreiber
gibt: Sozialtarife
für Bedürftige,**

**also höhere Preise
für die
Übrigen.**

**5. Die bereits bei
den PKW erprobte
Idee der
Verschrottungsprämie
erlebt
gegenwärtig bei den**

**Ideenproduzenten
eine Neuauflage für
die „weiße Ware“,
speziell alte
Kühlschränke und
Heizkessel.**

**Vorbild ist Mexiko:
Dort wurde das seit
2009 praktiziert;
1,5 Millionen
Haushalte ersetzen
dadurch ihre**

**Kühlschränke und 7
% weniger
Stromverbrauch pro
Haushalt war das
Ergebnis.**

**Dieser finanzielle
Anreiz kann auch
noch mit der
Verpflichtung zur
Installation von
Photovoltaikanlagen
oder Wärmepumpen**

verknüpft werden.

6. Ebenso kann es zu staatlichen Zuschüssen beim Kauf eines Elektroautos kommen, wie es die Autoindustrie, die fast nichts derartiges verkaufen kann, vehement fordert.

**Nicht einmal 2.500
Neuzulassungen gab
es in Deutschland
im 1. Halbjahr
2013. Die
Autofahrer sind
eben nicht so
dumm, ein
überteuertes
Fahrzeug zu kaufen,
das auch noch
ausschließlich**

**Nachteile bringt:
Geringe
Reichweite, lange
Ladezeiten,
fehlende Lade-
Infrastruktur,
Unbrauchbarkeit im
Winter,
Sicherheitsbedenken
bei den Li-
Ionenbatterien,
Zweifel an der**

**Batterielebensdauer
. Dazu kommt noch
die Konkurrenz
moderner
Dieselmotoren, die
kaum weniger
energieeffizient,
aber voll
gebrauchstüchtig
sind. Die
Regierung hat
jedoch aus nicht**

**nachvollziehbaren
Gründen das E-Auto
zum Klimaretter
ernannt und es ist
zu befürchten, dass
neue staatliche
Maßnahmen erfunden
werden, um diese
noch ca. 20 Jahre
von ihrer
Brauchbarkeit
entfernte Technik**

**jetzt in den Markt
zu bringen, koste
es was es wolle.**

**7. Es ist davon
auszugehen, dass
die sog. Smart
Meter, also
„intelligente
Stromzähler“ ,
durch staatliche
Zwangsmaßnahmen in
den Haushalten auch**

**von Altbauten
eingebaut werden
müssen. Versuche
haben zwar gezeigt,
dass die damit
verbundenen Kosten
deutlich über den
sehr geringen
Einsparungen im
Stromverbrauch
liegen, doch das
dürfte nach allen**

**Erfahrungen die
Ministerialbürokrat
ie nicht daran
hindern. Es geht
schließlich nicht
nur um
Stromeinsparungen,
sondern vielmehr um
die Kontrolle der
Energieverbraucher
sowie um deren
Erziehung zum**

Energiesparen. Es sind deshalb Proteste zu erwarten, weil mit diesen Zählern das Verbrauchsverhalten der Bürger überwacht werden kann – mit Ermahnungen des Versorgers bei kritikwürdigem,

**nicht
klimagerechten
Verhalten. Der
Schnüffelstaat läßt
grüßen.**

**8. Kurz vor der
Bundestagswahl hat
das bis dahin FDP-
geführte
Wirtschaftsminister
ium 1000
Energieberatungs-**

**Gutscheine á 250
Euro an Haus- und
Wohnungsbesitzer
verteilt. Ziel sei
„ein weitgehender
klimaneutraler
Gebäudebestand bis
2050“. Dieser
dreifache Unfug –
die Unnötigkeit der
Aktion, weil das
Klimaargument passé**

**ist, die
größenwahnsinnige
Perspektive 2050
und die faktische
Unbezahlbarkeit
trotz Gutschein –
erklärt zumindest
zu einem kleinen
Teil den
Totalabsturz der
FDP. Aber die Idee
zur Energieberatung**

**der Haushalte hatte
zuvor schon
Minister Altmaier
und es ist
anzunehmen, dass
die staatlich
geförderte
Ermunterung der
Bürger zum
Energiesparen noch
weiter getrieben
wird. Bezeichnend**

ist dabei, dass es mit dem Strom-Schlaraffenland der Erneuerbaren nicht so weit her sein kann, wenn geradezu verzweifelt das Stromsparen propagiert wird. Ob die Ergebnisse dieser Beratungen von staatlichen

**Stellen ausgewertet
werden, um
uneinsichtigen
Bürgern
„erneuerbare“
Energien nahe zu
bringen, ist offen,
aber keineswegs
ausgeschlossen.**

**9. Weil mit
zunehmendem Anteil
von extremen**

**Spitzen und ebenso
abrupt eintretenden
Versorgungslücken
des Windstroms
gerechnet werden
muss, steigt auch
die Gefahr von
Netzzusammenbrüchen
– neudeutsch
Blackouts. Weil
es nicht annähernd
ausreichende**

**Stromspeicher zum
Ausgleich dieser
Schwankungen gibt –
und auch für die
kommenden 20 Jahre
nicht geben wird –
werden staatliche
Stellen verstärkt
Großverbraucher
zwingen, zeitweise
Stromabschaltungen
hinzunehmen. Diese**

Unternehmen sehen sich dadurch gezwungen, eigene größere Notstromgeneratoren zu installieren, was ihre Kosten in die Höhe treibt.

10. Weil die Lebensdauer auch von Photovoltaikanlagen

**und
Windkraftanlagen
begrenzt ist,
stellt sich
irgendwann die
Frage der
Verschrottung.
Nach dem bislang
eisern
durchgehaltenen
Prinzip der
Energiewende, alle**

**Kosten auf die
Verbraucher
abzuwälzen, ist zu
befürchten, dass
das auch bei diesen
Kosten nicht anders
sein wird.**

**11. Die
Schnüffelei, die
bei den
intelligenten
Zählern und der**

**Energieberatung
möglich ist, kann
auch noch auf einer
anderen,
buchstäblich
höheren Ebene
erfolgen: Der
Umweltreferent der
Stadt Bonn, der
über die geringe
Anzahl von
Photovoltaikanlagen**

**auf den Dächern,
die er aus seinem
Büro sah, sehr
traurig war,
verbreitete sich
über die Idee, aus
Luftbildaufnahmen
alle für eine
Solarzellen-
Installation
geeigneten Dächer
der Stadt zu**

**bestimmen – um dann
den betreffenden
Hausbesitzern die
Anschaffung einer
Solarstromanlage
ans Herz legen zu
können. Hier können
sich staatliche
Stellen noch
Meriten erwerben;
vielleicht hilft
auch die Luftwaffe.**

13. Die Mischung aus Hilflosigkeit und Verzweiflung produziert bereits Vorschläge, die die Älteren an die letzten Jahre des Krieges erinnern. Damals wurde zum Beispiel in der Wochenschau im Kino regelmäßig der

**Kohlenklau
vorgeführt , den
man durch das
Schließen der
Fenster am
Energiediebstahl
hindern sollte.
Jetzt ist das
Energiesparen
wieder nationale
Pflicht geworden.
Mit Plakaten wurde**

**im Krieg auf die
Wichtigkeit der
Verdunkelung
hingewiesen –
damals gegen die
Bomber, heute
vielleicht wieder
aktuell gegen den
auch nicht
angenehmen totalen
Blackout im
Winter. Minister**

Altmaier gab bereits Tips zum Energiesparen im Haushalt: So sollte man möglichst den Deckel auf dem Kochtopf lassen. Wenn es so weiter geht, werden auch noch unsere Kabarettisten arbeitslos.

Eine sehr ernste Warnung

**Auf dem
Debattenabend
„Energiewende:
Plan- vs.
Marktwirtschaft“
der Stiftung
Energie &
Klimaschutz am
5.6.2013 in**

**Stuttgart hat der
Leiter des
renommierten
Instituts für
Energiewirtschaft
und Rationelle
Energieanwendung
(IER) der
Universität
Stuttgart, Prof.
Dr. Alfred Voß, die
Gefahr eines**

**weiteren Ausbaus
der sog.
Erneuerbaren mit
sehr deutlichen
Worten beschrieben.**

**Zitat: „Die
Technologieziele
der Energiewende
sind mit einem
marktwirtschaftl
ichen**

**Ordnungsrahmen
nicht zu
erreichen“.**

**Trotz großer
Fortschritte der
erneuerbaren
Energien glaube
er nicht, dass
diese auf einem
freien Markt mit
der
konventionellen**

**Stromerzeugung
konkurrieren
können. Deshalb
werde die
Energiewende
„nur mit einem
planwirtschaftli
chen
Ordnungsrahmen
und mit
erheblich
höheren Kosten**

**umzusetzen
sein“. Voß
weiter: „Alles
was wir machen,
wenn wir den
Ausbau der
Erneuerbaren so
fortführen, wird
dazu beitragen,
dass wir ein
Energieversorgungs-
system haben,**

**das ein
zentrales
Kriterium nicht
erfüllt, nämlich
einen
wettbewerbsfähig
en Strompreis
für die Bürger
und die
Industrie.“**

Zur Erinnerung: Im

**September 2010
beschloss die
Regierung das
„Energiekonzept für
eine
umweltschonende,
zuverlässige und
bezahlbare (!)
Energieversorgung“.**

**Wird dieses
Konzept weiter
verfolgt, werden**

**alle diese
Hauptziele völlig
verfehlt und dieses
Experiment wird in
einer teuren
Planwirtschaft
enden.**

Prognosen

**sind
schwierig.....,**

**insbesondere, wenn
sie die Zukunft
betreffen. Dieser
von Mark Twain
stammende Satz gilt
weiterhin und ganz
besonders für die
deutsche
Energiepolitik.**

**Dennoch sei hier
eine Voraussage
gewagt. Genau so,
wie neuerdings in
Wetterberichten
regelmäßig die
ziemlich seltsame
Aussage über die
Regenwahrscheinlich
keit zu hören ist
(als ob man dann
mit 60-prozentiger**

**Wahrscheinlichkeit
seinen Schirm
mitnimmt), kann man
auch in diesem
Politikfeld, gegen
das unser Wetter –
obwohl ein
chaotisches System
– zumindest für
zwei Tage und damit
besser als die
gleichfalls**

**chaotische Politik
recht gut
prognostizierbar
ist, nur noch mit
Wahrscheinlichkeiten
rechnen.**

**Und die oben
angestellten
Betrachtungen
ergeben mit einer
höheren
Wahrscheinlichkeit**

**als alle anderen
Möglichkeiten für
den Energiesektor
das Ergebnis Plan-
und
Staatswirtschaft.
Sollte es anders
kommen, wäre es ein
guter Grund zur
vorübergehenden
Erleichterung.**

Dr. - Ing. Günter

Keil, Sankt Augustin

Den Beitrag können
Sie unten als pdf
herunterladen

Related Files

- [keil_energiewende_staatenwirtschaft-pdf](#)